

Protokoll Nr. 5 (2015-2019)

der Sitzung des Beirates Vahr am 17.11.2015 im Bürgerzentrum Neue Vahr

Beginn: 19:35 Uhr

Ende: 22:00 Uhr

Anwesend waren:

- a) vom Beirat
- | | |
|--------------------|----------------|
| Herr Andreßen | Herr Burichter |
| Herr Dicke | Herr Emigholz |
| Frau Früh | Herr Gerkmann |
| Herr Haga | Herr Maas |
| Herr Mettert-Kruse | Herr Michalik |
| Herr Resch | Herr Siegel |
| Frau Szkoda | Frau Schulz |
| Frau Walecki | |
- b) vom Ortsamt
- Frau Dr. Mathes
Herr Berger
- c) als Gäste
- Frau Güloglou (Verein für Innere Mission in Bremen)
Herr Raabe-Schwarz (Arbeiterwohlfahrt Bremen e.V. (AWO))
Herr Zahedi (Akademie Lothar Kannenberg)
Frau Dittmar (Kontaktbüro Flüchtlinge)
Herr Grote (Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport)
Herr Häntsche (Polizeirevier Vahr)
Frau Kurzhöfer (Gewoba AG)
Herr Mühlmeyer (Förderwerk Bremen e.V.)
Herr Stöver (Quartiersmanager)

Die schriftlich vorliegende Tagesordnung wird genehmigt.

Das Protokoll Nr. 4 der Beiratssitzung vom 13.10.2015 wird ebenfalls genehmigt.

TOP 1: Bürgeranträge, Wünsche, Anregungen und Mitteilungen in Stadtteilangelegenheiten

Auf Anregung von Herrn Burichter erheben sich alle Anwesenden zu einer Schweigeminute und gedenken der Opfer bei dem terroristischen Anschlag in Paris am 13.11.2015.

Mitteilungen des Beiratssprechers

Herr Siegel berichtet von der konstituierenden Beirätekonferenz am 11.11.2015. Herr Markus, Sprecher des Beirats Obervieland, sei als neuer Sprecher der Beirätekonferenz gewählt worden, als seine Stellvertreter/in Herr Quast, Sprecher des Beirats Horn-Lehe, und Frau Schneider, Sprecherin des Beirats Schwachhausen. Der vom Beirat Vahr am 14.07.2015 beschlossene Antrag „Berücksichtigung kleiner Parteien in der Beirätekonferenz“ sei in ähnlicher Formulierung auch von zwei anderen Beiräten eingebracht worden und von der Beirätekonferenz mehrheitlich abgelehnt worden.¹ Er weist darauf hin, dass alle Beiratsmitglieder (über die Ortsämter) zu den Sitzungen der Beirätekonferenz eingeladen würden und dort Rederecht hätten, allerdings kein Stimmrecht.

¹ Zum vom Beirat Vahr am 14.07.2015 angenommenen Antrag siehe unter http://www.ortsamtschwachhausenvahr.bremen.de/sixcms/media.php/13/150714_Protokoll_IL%20Antrag%20FDP%20zur%20Beir%E4tekonferenz.pdf.

Mitteilungen aus dem Beirat

Herr Maas erklärt, dass an der sog. 4. Ampel an der Richard-Boljahn-Allee regelmäßig von Autofahrer/innen das Rotlicht missachtet werde.

Herr Häntsche teilt hierzu mit, dass die zuständige Fachabteilung bereits über den Sachverhalt unterrichtet sei. Er weist darauf hin, dass mit den personellen Mitteln des Reviers eine Überwachung nicht zu gewährleisten sei. Er gehe auch nicht davon aus, dass es dort eine festinstallierte Überwachung geben werde.

Mitteilungen aus dem Ortsamt

Frau Dr. Mathes teilt mit, dass das Ortsamt personell nun wieder vollständig besetzt sei. Frau Sarai Kahle habe zum 16.11.2015 Ihren Dienst angetreten. Frau Kahle stellt sich kurz vor.

Weiterhin teilt Frau Mathes mit, dass von Seiten des Senators für Inneres und der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport Antworten auf die Beschlüsse des Beirats vom 22.09.2015 vorlägen.² Frau Dr. Mathes zitiert aus dem Schreiben des Senators für Inneres:

„Das Projekt Verkehrsschule wurde bislang neben meinem Haus durch die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport, die Senatorin für Kinder und Bildung sowie den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr zu gleichen Teilen gefördert.

Im Rahmen der aktuellen Haushaltsaufstellung habe ich für mein Ressort einen entsprechenden Mittelanteil im Vorentwurf berücksichtigt und die genannten Ressorts um Mitteilung gebeten, ob eine entsprechende Beteiligung an der Förderung der Verkehrsschule weiterhin erfolgen kann. Eine entsprechende Rückmeldung steht allerdings noch aus. Sobald mir diese vorliegt, werde ich Sie unterrichten.“³

Ebenso zitiert Frau Dr. Mathes aus dem Schreiben der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport:

„Mir ist die sehr gute Arbeit und das herausragende ehrenamtliche Engagement des Vereins [Vahrer Löwen] im Bereich der aufsuchenden Altenarbeit in der Vahr bekannt und ich würde es sehr begrüßen, dass der Verein diese wichtige Aufgabe auch weiterhin im Stadtteil wahrnimmt. Angesichts der Haushaltssperre kann ich heute allerdings keine Zusage für eine finanzielle Absicherung im künftigen Doppelhaushalt machen. Wir werden das Anliegen aber in den ‚Beirat für die Aufsuchenden Altenarbeit – Hausbesuche‘ einbringen und versuchen, eine Lösung für die Vahrer Löwen zu finden.“⁴

TOP 2: Flüchtlinge in der Vahr

Frau Dr. Mathes verdeutlicht, dass es heute darum gehe, sich einen Überblick zu verschaffen über die Situation der Flüchtlinge in der Vahr und die Unterstützungsmöglichkeiten durch das Vahrer Netzwerk. Sie weist darauf hin, dass die Fraktion der SPD einen Antrag zur Ausweitung des Projekts „SPRINT“ vorgelegt habe.⁵

Ein Übergangwohnheim für Flüchtlinge bestehe seit 2013 in der Bardowickstraße, seit September dieses Jahres sei eine Turnhalle auf dem Gelände des Polizeipräsidiums Vahr als Notunterkunft belegt, ebenso seit Oktober die Turnhalle der Oberschule Julius-Brecht-Allee.

Herr Raabe-Schwarz erinnert, dass das Übergangwohnheim in der Bardowickstraße im September 2013 eingerichtet worden sei. Zunächst seien die Turnhalle (für Notfälle) und aufgestellte Mobilbauten mit höchstens 90 Personen belegt gewesen. Inzwischen würden auch Räumlichkeiten des ehemaligen Schulgebäudes als Wohnraum genutzt, so dass bis zu 130 Personen dort untergebracht seien. Dabei handele es sich im Wesentlichen um Familien. Die Hälfte der untergebrachten Personen seien Kinder und Jugendliche bis 17 Jahre, darunter etwa 20 Kinder im Alter zwischen drei und sechs Jahren. Die Unterbringung in Kitas und Schulen (Vorkurse) sei nicht mehr gewährleistet. Er strebe deshalb eine Ausweitung der täglichen Kinderbetreuung in der Einrichtung selbst von gegenwärtig zwei auf vier Stunden täglich an und beabsichtige, auch Deutsch-Unterricht für Schulkinder und Jugendliche in der Einrichtung

² Für die Beschlüsse des Beirats vom 22.09.2015 zum Fortbestand der Vahrer Verkehrsschule und zur finanziellen Absicherung des Vereins Vahrer Löwen siehe im Protokoll dieser Beiratssitzung unter <http://www.ortsamtschwachhausenvahr.bremen.de/sixcms/media.php/13/Pr.%203%2022.pdf>.

³ Das Schreiben des Senators für Inneres ist als **Anlage 1** diesem Protokoll angefügt.

⁴ Das Schreiben der Senatorin für Soziales ist als **Anlage 2** diesem Protokoll angefügt.

⁵ Der Antrag der SPD-Fraktion ging vorab allen Beiratsmitgliedern zu und ist als **Anlage 3** diesem Protokoll angefügt.

erteilen zu lassen. Dafür müsste ggf. ein Raum, der gegenwärtig als Wohnraum genutzt werde, wieder als Unterrichtsraum zur Verfügung gestellt werden. Da im Augenblick nicht alle neu aufgenommenen Flüchtlinge umgehend Termine beim Sozialzentrum, bei der Zentralen Aufnahmestelle (ZAST) und beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) erhielten, gerieten die eingespielten Abläufe in Verzug. Ohne Termin beim Sozialzentrum werde den Flüchtlingen noch kein Taschengeld gewährt, so dass sie sich nicht selbst verpflegen könnten und auf Vollverpflegung angewiesen seien. Deshalb gehe es jetzt vorrangig darum, diese Abläufe wieder zu beschleunigen.

Auf Nachfragen erwidert Herr Raabe-Schwarz:

- Etwa 60% der Bewohner/innen kämen gegenwärtig aus Syrien. Der Anteil von Personen vom Balkan habe deutlich abgenommen;
- etwa drei Viertel der Kinder besuchten keine Kita, da sie als Notbelegung der Unterkunft zugewiesen seien. Damit seien sie noch nicht „verortet“ und könnten keiner Kita zugewiesen werden. Um diese Kinder müsse sich die Einrichtung selbst kümmern;
- die Senatorin für Kinder und Bildung sei über seine Absicht, im Hause Deutsch-Unterricht für Kinder und Jugendliche erteilen zu lassen, unterrichtet. Es gebe von dieser Seite bereits finanzielle Zusagen. Da in anderen Einrichtungen der Unterricht schon umgesetzt sei, gehe er von einer baldigen Realisierung in der Bardowickstraße aus;
- größere Familien verweilten länger in der Einrichtung, da es schwieriger sei, für sie angemessenen Wohnraum zu finden. Kleine Familien mit drei bis vier Personen ließen sich schneller vermitteln. Allerdings habe sich die Verweildauer insgesamt für alle erhöht, da es insgesamt mehr Flüchtlinge gebe;
- Deutsch-Unterricht für Erwachsene erfolge nach wie vor an drei Nachmittagen jede Woche und werde gut angenommen;
- ebenso bestehe nach wie vor eine Verbindung zum Jugendfreizeitheim in der Bispinger Straße. Eine dortige Kollegin beteilige sich inzwischen an der Kinderbetreuung im Haus und stelle auf diesem Weg auch den direkten Kontakt her;
- in der Einrichtung seien etwa 20 ehrenamtliche Helfer/innen engagiert;
- Probleme mit Salafisten habe es bislang nicht gegeben.

Frau Güloglou berichtet, dass in der Notunterkunft auf dem Gelände des Polizeipräsidiums in der Vahr gegenwärtig 96 Personen untergebracht seien. Die Lage empfinde sie als „ruhig und stabil“, die Anbindung an die betroffenen Ämter sei gut. Formell handele es sich bei der Einrichtung um eine Notunterkunft. Da die Personen aber längerfristig dort bleiben müssten, bis sie in ein reguläres Übergangwohnheim oder in eine eigene Wohnung umziehen könnten, sei es auch ein Übergangwohnheim. Untergebracht seien dort v.a. Familien mit gegenwärtig 15 Kindern zwischen 0,5 und 13 Jahren und allein reisende Männer; die Fluktuation sei gering. Deutsch-Kurse seien organisiert worden, ebenso auch eine Kinderbetreuung über das Diakonische Werk Bremen. Da inzwischen die „Phase der Langeweile“ eingetreten sei, wünsche sie sich v.a. Unterstützung bei Freizeit-Aktivitäten, bspw. Eintrittskarten für die Bremer Bäder oder in Fitness-Studios.

Herr Stöver weist darauf hin, dass er bereits mit dem Leiter des Vitalbads Vahr in Kontakt getreten sei.

Auf Nachfragen erwidert Frau Güloglou, dass

- die Bewohner/innen der Notunterkunft v.a. aus Syrien kämen, aber auch aus Afghanistan, dem Irak und Iran;
- der Kontakt zu den Behörden schwierig sei, gegenwärtig aber alle Bewohner/innen der Unterkunft mit den nötigen Terminen versorgt seien;
- durch die Neu-Regelungen im Asylrecht Afghanistan inzwischen als sicherer Herkunftsstaat eingestuft werde. Das habe zur Folge, dass Flüchtlinge von dort wohl mit Ehrenamtlichen Deutsch lernen könnten, aber keinen Zugang zu den vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge finanzierten Integrationskursen hätten;
- in ihrer Einrichtung ebenfalls etwa 20 ehrenamtliche Helfer/innen tätig seien. Die Unterstützung, die die Einrichtung aus dem Stadtteil erhalte, sei bemerkenswert;
- es salafistische Anwerbeversuche gegeben habe, dieses Problem hätten sie allerdings „im Griff“.

Herr Grote weist darauf hin, dass „Menschen mit einer sicheren Bleibeperspektive“, die aus Staaten geflohen seien, die nicht als sichere Herkunftsstaaten anerkannt seien, Zugang zu den regulären Integrationskursen erhielten – andere, für die diese Feststellung nicht gelte, jedoch nicht. Diese Regelung sei nicht zufriedenstellend, lasse sich aber als bundesgesetzliche Regelung von Bremen nicht beeinflussen.

Herr Zahedi berichtet, dass in der Turnhalle der Oberschule Julius-Brecht-Allee 98 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF) untergebracht seien. Vorrangig sei es einerseits, die Jugendlichen zu beschäftigen und ihnen eine Tagesstruktur zu geben. Deshalb gebe es v.a. sportliche Angebote. Andererseits sei es wichtig, den Jugendlichen zu vermitteln, wie sie sich hier zu Recht finden und wie sie bspw. auch Anwerbeversuchen radikaler Organisationen begegnen könnten. Deutschkurse würden über Ehrenamtliche und die Betreuer/innen angeboten. Weitere Unterstützung – auch aus dem Stadtteil – insbesondere für Aktivitäten rund um Sport und Fitness begrüße er sehr. Als sehr arbeitsaufwendig beschreibt Herr Zahedi die Besuche der Jugendlichen bei Behörden und Ärzt/innen. Die Jugendlichen seien bei Ärzt/innen wiederholt abgewiesen worden, weil sie keinen Behandlungsschein des Amtes für soziale Dienste hätten vorlegen können. Dort Termine zu bekommen, sei aber ebenfalls schwierig. Bisher sei es auch nicht gelungen, einen Arzt bzw. eine Ärztin für eine Behandlung vor Ort zu gewinnen. Die Zusammenarbeit mit der Polizei gestalte sich hingegen sehr gut.

Nachfragen beantwortet Herr Zahedi wie folgt:

- Die meisten Jugendlichen seien zwischen 14 und 17 Jahren alt. Besonders viele seien in einem Alter von 15 oder 16 Jahren;
- die Jugendlichen besuchten bislang nicht die Schule;
- es gebe eine psychologische Notfall-Betreuung, allerdings sei der Bedarf deutlich höher;
- die Jugendlichen kämen v.a. aus Afghanistan und Syrien, wenige aus afrikanischen Ländern;
- der Betreuungsschlüssel liege bei 1:6. Aus diesem Grund sei weniger ehrenamtliche Unterstützung nötig. Trotzdem sei er dankbar für weiteres ehrenamtliches Engagement. Wer sich für die Jugendlichen engagieren wolle, müsse allerdings ein Führungszeugnis vorlegen;
- bislang werde von gemeinsamen Aktivitäten mit deutschen Jugendlichen abgesehen, weil die Jugendlichen zunächst lernen müssten, welche Regeln und Umgangsformen hier gälten;
- Anwerbeversuche von Salafisten habe es gegeben. Die Personen seien allerdings inzwischen bekannt und die Jugendliche würden intensiv aufgeklärt.

Frau Dr. Mathes informiert, dass ähnlich dem Runden Tisch für die Einrichtung in der Bardowickstraße kurzfristig vom Ortsamt ein Runder Tisch für die Notunterkunft in der Turnhalle ins Leben gerufen worden sei. Darüber hinaus gebe es eine „Task Force“, an der Herr Häntsche, Frau Kurzhöfer, Herr Ploghöft (Leiter des Bürgerzentrums Neue Vahr), Herr Stöver, Herr Siegel und sie beteiligt seien. Deren Ziel sei es, sich auf kurzem Weg zu koordinieren und notwendige Angelegenheiten in die Wege zu leiten. Im Falle der Notunterkunft für UMF gehe es augenblicklich v.a. um Kontakte zu Jugendeinrichtungen und weitere sportliche Aktivitäten, die die Jugendlichen kostenfrei wahrnehmen könnten.

Herr Siegel erklärt, dass es sich sehr schwierig gestalte, übertragbare Eintrittskarten z.B. für Fitnessstudios zu erhalten. Von Seiten des TuS Vahr lägen ihm aber zahlreiche Angebote vor, die er den Einrichtungen weiterleiten werde. Sollte sich der Aufwand der Vereine, den diese mit den Sozialzentren hätten, um einen Teil der Kosten ersetzt zu bekommen, allerdings verringern lassen, wäre dies eine große Hilfe.

Herr Grote erwidert, dass an der Verminderung des Verwaltungsaufwands bereits gearbeitet werde.

Herr Grote erklärt weiterhin, dass erwachsene Flüchtlinge, die registriert seien und eine Bleibeperspektive hätten, im nächsten Schritt eine Krankenkassenkarte über die AOK erhielten. Mit dieser Karte seien Arztbesuche problemlos und selbstständig möglich. Für Jugendliche seien die Zuständigkeiten jedoch anders geregelt. Diese bräuchten für einen Arztbesuch jeweils vorab einen entsprechenden Krankenschein. Zuständig sei in diesen Fällen Abteilung 2 („Junge

Menschen und Familien“) in seinem Haus. Dort werde daran gearbeitet, die Abläufe zu beschleunigen.

Hinsichtlich von Anwerbeversuchen salafistischer Organisation bestehe inzwischen eine enge Zusammenarbeit mit dem Bremer Verfassungsschutz und dem Staatsschutz.

Auf Nachfrage erklärt Herr Grote, dass die ZAST jeden Tag etwa 100 bis 120 Personen registriere, die Sozialbehörde damit aber augenblicklich nicht Schritt halten könne.

Frau Dr. Kappert-Gonther (Mitglied der Bremischen Bürgerschaft) stellt fest, dass die in Bremen ausgegebene Gesundheitskarte sehr gut funktioniere. Allerdings setze deren Ausgabe die Registrierung voraus, die gegenwärtig jedoch verzögert stattfinde. Deshalb seien zusätzliche Ärzt/innen – Ärzt/innen der Bundeswehr ebenso wie bereits pensionierte Kolleg/innen – im Einsatz, um unmittelbar vor Ort und in Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt zu behandeln. Allerdings reiche auch diese zusätzliche Unterstützung gegenwärtig nicht aus. Eine psychotherapeutische Behandlung sei bislang mit der Gesundheitskarte nicht möglich und entsprechende Beratungseinrichtungen wie Refugio e.V. seien überlastet.

Herr Grote weist ergänzend darauf hin, dass eine weitere Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes bevorstehe, die eine psychotherapeutische Behandlung erleichtern werde.

Herr Resch betont, dass die hohe Anzahl von Kindern in den Einrichtungen die Einrichtung weiterer Kita-Plätze erforderlich mache.

Herr Andreßen erklärt, dass sich die gegenwärtige Situation „nicht aussitzen“ lasse. Jugendliche Flüchtlinge bräuchten eine besondere Unterstützung und diese müsse zügig erfolgen.

Herr Borges (Leiter der Oberschule Julius-Brecht-Allee) begreift die Belegung der Turnhalle seiner Oberschule als „solidarischen Beitrag“. Es laufe gut, die Atmosphäre sei friedlich, der ins Leben gerufene Runde Tisch bewähre sich und die anfänglichen Befürchtungen hätten sich nicht bestätigt. Ein Ende der Turnhallen-Belegung sei jedoch nicht in Sicht und eine Alternative für den ausfallenden Schulsport habe bislang auch nicht geschaffen werden können.

Herr Siegel ergänzt, dass der Schule eine Halle in fußläufiger Entfernung (Insterburger Straße) angeboten worden sei, die die Schule aber nicht bezahlen könne. Er halte es deshalb für sinnvoll, wenn der Beirat die Schule unterstütze und einen Antrag an die Senatorin für Kinder und Bildung sowie an die Senatorin für Soziales richte.

Frau Walecki bedankt sich bei Herrn Borges für dessen Solidarität und unterstützt den Vorschlag von Herrn Siegel.

Frau Dr. Mathes greift den Vorschlag von Herrn Siegel auf, einen Antrag an die Senatorin für Kinder und Bildung sowie an die Senatorin für Soziales zu richten, um die Oberschule Julius-Brecht-Allee bei der Finanzierung eines alternativen Standorts für die gegenwärtig mit Flüchtlingen belegte Schulturnhalle zu unterstützen.

Frau Dr. Mathes lässt über diesen Antrag abstimmen: Er wird vom Beirat einstimmig befürwortet.

Frau Kurzhöfer berichtet, dass die Gewoba AG seit November 2013 stadtweit Wohnungen zur Verfügung stelle – jeden Monat etwa 30. Die Gewoba arbeite dabei mit der AWO zusammen, deren Wohnungsberater/innen Flüchtlinge in eigene Wohnungen vermittelten.

Für die Vahr bedeute dies, dass monatlich etwa acht bis zehn Wohnungen neu mit Flüchtlingen belegt würden. Insgesamt seien es bislang in der Vahr 180 Wohnungen. 45 Wohnungen seien bislang mit Familien aus Syrien belegt, deren Zahl sei insgesamt steigend.

Frau Kurzhöfer räumt ein, dass es Sprachbarrieren gebe, denen mit Hilfe der Integrations- und Sprachmittler/innen (SPRINT) versucht werde zu begegnen. Die eigenen Hauswarte seien mit einer Übersetzungs-App ausgestattet worden. Zusätzlich werde in Kürze eine Zusammenarbeit mit der Universität Bremen anlaufen, so dass Student/innen als Dolmetscher/innen zur Verfügung ständen.

Sie wisse von keinen besonderen Auffälligkeiten, mehr Beschwerden als sonst gebe es auch nicht. Allerdings sei der tatsächliche Unterstützungsbedarf der Flüchtlinge unklar. Die Gewoba versuche, diesem durch Gespräche und mehrsprachige Einladungen zu Treffen zu begegnen.

Frau Dittmer stellt das Kontaktbüro für Flüchtlinge in der Vahr vor, in dem sie sich dafür engagiere, dass ehrenamtliche Unterstützer/innen und Flüchtlinge in eigenen Wohnungen, die

weiteren Unterstützungsbedarf hätten, zueinander fänden. Dabei gehe es v.a. um Unterstützung bei Angelegenheiten des täglichen Bedarfs und um die deutsche Sprache besser zu erlernen. Die Herstellung des Kontakts sei allerdings nicht einfach, aber das Büro sei inzwischen bekannter und besser angenommen. Sie habe die Hoffnung, dass sich der Kontakt mit den Flüchtlingen zukünftig bereits herstellen lasse, bevor sie in eine eigene Wohnung zögen. Das Kontaktbüro werde aus Mitteln des Programms „Wohnen in Nachbarschaften“ (WiN) finanziert und sei bislang bis Ende Februar 2016 abgesichert; der Flyer des Büros sei mit Unterstützung der Gewoba gedruckt worden.⁶

Herr Stöver teilt die Einschätzung von Frau Dittmer, dass das Kontaktbüro langsam bekannter werde. Allerdings reichten die drei Stunden, die Frau Dittmer für ihre ehrenamtliche Arbeit angeboten habe, nicht aus. Im Januar 2016 müsse erörtert werden, in welcher Weise dieses Projekt fortgesetzt werden könne.

Herr Mühlmeier stellt das Projekt „Sprach- und Integrationsmittler/innen“ (SPRINT) vor. Er stellt fest, dass es durch die Zusammenarbeit mit der Senatorin für Soziales und dem Jobcenter Bremen möglich geworden sei, aus den ursprünglich vorgesehenen zwei bis drei Stellen Bremen-weit gegenwärtig 14 zu machen. Das Förderwerk strebe an, diese Anzahl mit finanziellen Mitteln aus dem „Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramm“ ab 01.07.2016 auf 100 auszuweiten. Zunächst entstünden aber mit Mitteln anderer Programme zum 01.02.2016 18 weitere Stellen. Letztendlich sollten dann der Vahr selbst etwa 10 Sprach- und Integrationsmittler/innen zur Verfügung stehen. Er setze dabei auch auf Menschen mit eigener Migrationserfahrung, die bereits hier Fuß gefasst hätten.

Zusammen mit der Senatorin für Soziales und „bras e.V. – arbeiten für Bremen“ strebe Förderwerk ein Modellprojekt für Jugendliche an, das aus einer Hand Wohnraum, Deutsch-Unterricht, Berufsorientierung und -ausbildung biete.⁷

Herr Siegel erklärt, dass SPRINT ein tolles Projekt sei, bislang aber zu wenige Mitarbeiter/innen zur Verfügung ständen. Damit erhielten die Flüchtlinge, die bereits eigenen Wohnraum bezogen hätten, auch nicht ausreichend Unterstützung. Deshalb habe die SPD-Fraktion einen Antrag vorgelegt, der die Ausweitung des Programms fordere.

Herr Siegel stellt den Antrag vor.⁸

Frau Walecki begrüßt den Antrag und Herr Michalik regt die Einfügung des Wortes „deutlich“ an. Der Beirat kommt überein, der Anregung von Herrn Michalik zu folgen und die Anzahl der genannten Wohnungen auf 180 zu korrigieren.⁹

Frau Dr. Mathes stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung: Der Beirat stimmt ihm einstimmig zu.

TOP 3: Globalmittelvergabe – 2. Runde 2015

Frau Dr. Mathes weist darauf hin, dass dem Beirat die am Vortag vom Fachausschuss „Globalmittel und Koordinierung“ erarbeitete Globalmittel-Liste als Empfehlung vorliege.

Sie erklärt weiter, dass Frau Szkoda im vorliegenden Fall nicht stimmberechtigt sei, da sie selber Antragstellerin sei.

Herr Michalik stellt die Globalmittel-Liste vor und hält fest, dass die Antragssumme die zur Verfügung stehenden Mittel übersteige.¹⁰ Der Fachausschuss habe den Antrag des Sozialzentrums (Nr. 31) nicht unterstützt; das Sozialzentrum solle die beantragte Anschaffung aus eigenen Mitteln finanzieren. Den Antrag der Kita Hanna-Harder-Haus (Nr. 28) habe der Fachausschuss ebenfalls abgelehnt, da der öffentliche Bezug fehle. Den Anträgen der Ev. Epiphaniengemeinde und des DRK-Jugendtreffs Rotes Haus (Nr. 1 und Nr. 30) habe der Fachausschuss

⁶ Der Flyer des Kontaktbüros ist als **Anlage 4** diesem Protokoll angefügt.

⁷ Näheres zu bras e.V. unter <http://www.bras-bremen.de/>.

⁸ Zum Antrag der SPD-Fraktion siehe Fußnote 5.

⁹ Der Antrag lautet demnach neu wie folgt: „**Ausweitung des Projekts Sprach- und Integrationsmittler/innen (SPRINT)**

Zurzeit werden nur etwa 10% der Zuwanderer- und Flüchtlingsfamilien, die in insgesamt etwa 180 Wohnungen in der Vahr leben, durch Sprach- und Integrationsmittler/innen unterstützt.

Der Beirat Vahr fordert deshalb eine deutliche Ausweitung des Projekts Sprach- und Integrationsmittler/innen (SPRINT) und sieht in der Vahr einen erheblichen zusätzlichen Bedarf.“

¹⁰ Die Globalmittel-Liste ist als **Anlage 5** diesem Protokoll angefügt.

nicht in voller Höhe entsprochen, da sich die beantragten Anschaffungen billiger bewerkstelligen ließen. Allen anderen Anträgen habe der Fachausschuss in der beantragten Höhe zugestimmt. Darüber hinaus habe der Fachausschuss Mittel für die Flüchtlingsunterkünfte bereitgestellt.

Frau Szkoda erklärt, dass sie als Leiterin der Kita Hanna-Harder-Haus einen Zuschuss für einen Beamer beantragt habe. Dieser Beamer werde aber allen Einrichtungen im Hanna-Harder-Haus zur Verfügung stehen und könne auch an andere Einrichtungen ausgeliehen werden.

Herr Siegel schlägt vor, dass dem Antrag der Kita stattgegeben und dafür die Summe der Ev. Epiphantias-Gemeinde entsprechend verringert werde. Mit der Ev. Epiphantias-Gemeinde habe er dies besprochen und in Aussicht gestellt, dass der Beirat einen weiteren Antrag in 2016 wohlwollend prüfen werde. Daraus erwächst aber keine bindende Verpflichtung der Mittelfreigabe.

Der Beirat kommt überein, dem Vorschlag von Herrn Siegel zu folgen.

Frau Dr. Mathes lässt über die geänderte Globalmittel-Liste abstimmen: Der Beirat stimmt ihr einstimmig zu.

TOP 4: WiN Jahresplanung

Herr Stöver stellt die Anträge vor, für die eine Verlängerung ab 01.01.2016 vorgesehen sei.¹¹ Er weist darauf hin, dass das Budget für 2016 nicht bei € 150.000 liege, sondern lediglich bei € 142.500, da zusätzlich noch ein WiN-Gebiet in Bremen Nord dazu käme. Ferner laufe das gegenwärtige Programm „Wohnen in Nachbarschaften“ (WiN) nur noch bis Ende 2016 und würde im kommenden Jahr evaluiert.

Der Beirat nimmt zustimmend Kenntnis.

Abschließend lädt Herr Stöver die Beiratsmitglieder zum Quartiersform am 19.11.2015 ein.

TOP 5: Verschiedenes

Beiratstermine 2016

Frau Dr. Mathes verweist auf die als Tischvorlage vorliegenden Beiratstermine für 2016.¹²

Der Beirat nimmt zustimmend Kenntnis.

Vahrer Löwen e.V.

Frau Kusen bedankt sich für die Unterstützung des Beirats und lädt zur Feier anlässlich des zweijährigen Bestehens des Vereins am 17.03.2016 im Bürgerzentrum Neue Vahr ein.

„Stadtteilschätze Vahr“

Herr Stöver lädt dazu ein, sich an dem Projekt Stadtteilschätze Vahr des Familiennetzes Bremen zu beteiligen und weist darauf hin, dass im Rahmen des Projekts am 14.01.2016 im Bürgerzentrum eine Ausstellung eröffnet werde.¹³

Sprecher

Sitzungsleitung

Protokoll

Siegel

Dr. Mathes

Berger

¹¹ Die Liste der WiN-Anträge ist als **Anlage 6** diesem Protokoll angefügt.

¹² Die Liste der Beiratstermine ist als **Anlage 7** diesem Protokoll angefügt.

¹³ Der Flyer für Stadtteilschätze Vahr ist als **Anlage 8** diesem Protokoll angefügt.